

Im Juni 2023 hat der Landesfrauenrat Baden-Württemberg seine Kampagne zur Kommunalwahl 2024 mit dem Clip <https://www.lfrbw.de/themen/kampagnen/> gestartet.

Sehr geehrte Frau Goll,

1. Wie wollen Sie den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten erhöhen?

Die Entscheidungen von Gemeinderat und Kreistag betreffen in der Tat die konkrete Lebenssituation der Menschen. Hinzukommt, dass Kommunen immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert werden, Krisen bewältigt und neue Lösungen gefunden werden müssen. **„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind“** – hat der deutsche Nachkriegspolitiker Hermann Schmitt-Vockenhausen in seiner Abhandlung über die Bedeutung der Kommunalpolitik sehr treffend formuliert. Und um diesen „Ort der Wirklichkeit“ zu gestalten, brauchen wir eine stärkere Mitwirkung von Frauen: Auf Grund ihrer Lebensbedingungen und Erfahrungen betrachten sie ihren Wohnort aus einem anderen Blickwinkel und haben eigene Vorstellungen von dessen Ausgestaltung und Entwicklung.

Viele Frauen verfügen durch ihren Job, ihre Familienarbeit und häufig ehrenamtliches Engagement auch über die Kompetenzen, politische Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen. Dennoch trauen sich Frauen erfahrungsgemäß seltener ein politisches Amt zu und vertrauen zu wenig auf ihre Stärken und Fähigkeiten. Und sie sind sich oftmals gar nicht bewusst, wie positiv ihr Erfahrungsschatz und ihre Ideen kommunalpolitische Entscheidungsprozesse beeinflussen können.

Ermutigung und Empowerment sind deshalb für mich unverzichtbar, wenn wir den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten erhöhen wollen: Über Mentoring-Programme, mit Schulungen und Workshops sowie Unterstützung bei der Vernetzung. Weiblichen Nachwuchs in der Kommunalpolitik können wir aber nur gewinnen, wenn es auch weibliche Vorbilder gibt, die vermitteln, dass mit dem kommunalpolitischen Amt viele wichtige Dinge umgesetzt werden können, es neben dem unbestreitbaren Zeitaufwand auch einem selbst durch bereichernde Erfahrungen viel zurückgibt und insgesamt erfüllend ist und Spaß macht. Ich selbst bin seit fast 25 Jahren als FDP-Stadträtin aktiv – davon seit 14 Jahren im Waiblinger Gemeinderat, wo die FDP-Fraktion seitdem mit zwei Frauen und einem Mann vertreten ist, wobei Fraktionsvorsitzende und Stellvertreterin stets die Frauen waren.

Sicherlich geht es auch darum, die Rahmenbedingungen zu verändern, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat zu ermöglichen - etwa mit der Durchführung hybrider Sitzungen. Auf die Erstattung von Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der ehrenamtlichen Tätigkeit besteht übrigens seit Jahren ein gesetzlicher Anspruch.

Immer wieder höre ich von Frauen, dass sie der „raue Ton“, mit dem politische Debatten gelegentlich geführt werden und das starke Konkurrenzverhalten von politischen Mandatsträgern abschreckt. Hinzu kommen Anfeindungen, Diskriminierungen und

Belästigungen, denen auch Kommunalpolitiker zunehmend ausgesetzt sind. Hier sind Gesellschaft und Politik gefordert, ein respektvolles und wertschätzendes Miteinander zu fördern – und mit gutem Beispiel voranzugehen.

2. Um gute Entscheidungen in der Kommunalpolitik zu treffen sind vielfältige Perspektiven nötig. Wie wollen Sie das sicherstellen?

Vielfalt beginnt mit Kandidaturen. Wenn Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund nicht kandidieren, weil sie sich die Belastung nicht zutrauen oder kein Vertrauen in ihre Fähigkeiten haben, sehen sie von einer Kandidatur ab. Hier braucht es bestärkende Netzwerke, denn alle demokratischen Parteien freuen sich über eine vielfältige Liste. Und eine vielfältigere Bürgerschaft wählt auch vielfältiger.

Viele Frauen sind ja durchaus bereit, sich etwa ehrenamtlich in Beiräten zu engagieren, wie zum Beispiel im Frauenrat oder Integrationsrat, die in der Regel nicht so häufig tagen. Dies kann ein erster, wichtiger Schritt sein, Frauen zu ermutigen, sich auch in größerem Umfang kommunalpolitisch einzubringen. Oft geht einem kommunalen politischen Mandat auch ein ehrenamtliches Engagement in Vereinen oder Initiativen voraus. Hier gilt es Frauen zu bestärken und zu unterstützen, damit sie es wagen, den Schritt vom meist sozialen Engagement in ein politisches Ehrenamt zu vollziehen.

3. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen oder ergreifen Sie, um es auch Alleinerziehenden, der Handwerksmeisterin oder der Hausfrau möglich zu machen, an Kommunalpolitik mitzuwirken?

Sie formulieren hier den Zielkonflikt. Während Alleinerziehende oft keine Zeitressourcen für die aktive Kommunalpolitik sehen, haben Hausfrauen oder Handwerksmeisterinnen vermutlich eher entgegengesetzte Zeitbudgets.

Helfen kann hier eine digitale Teilnahme an den Sitzungen, die in der Pandemie üblich war, sowie hybride Formate. Hier muss die Landesregierung endlich eine Neuregelung vorlegen, wie wir sie schon seit Jahren fordern. Generell gilt: Je mehr es uns gelingt, effiziente Arbeitsstrukturen, eine bessere Nutzung moderner Kommunikationsmittel und zeitgemäße Unterstützungsangebote zu realisieren, desto mehr Frauen werden sich auch kommunalpolitisch engagieren – unabhängig von ihrem privaten und beruflichen Lebensumfeld.

Ich hoffe sehr, dass nach der Kommunalwahl 2024 mehr Frauen in den Räten ein Mandat übernehmen und ihre vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auf lokaler Ebene Männer und Frauen brauchen, damit wir gemeinsam gute und zukunftsorientierte Entscheidungen für unsere Kommunen entwickeln und umsetzen können.